

# ABSTIMMUNGSDOSSIER

## 27. SEPTEMBER 2020

### ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

### NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN !

#### DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Nein zu den Kampfjet-Milliarden: Dieses Geld wird für nötige Investitionen fehlen, denn jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Besonders nach der COVID-19-Krise ist es wichtiger denn je, in die Gesundheitsversorgung und einen grünen Konjunkturplan zu investieren.
- Um die Sicherheit aufrechtzuerhalten, werden keine neuen Kampfflugzeuge benötigt: Die sich heute im Einsatz befindenden F/A-18 können die Aufgabe der Luftraumüberwachung auch weiterhin übernehmen.
- Die Schweiz muss sich für die realen Bedrohungen wappnen, statt Milliarden in überflüssiges Kriegsmaterial zu investieren: Der Klimakrise und den Cyber-Risiken muss Priorität eingeräumt werden.

#### DARUM GEHT'S

Der Bundesbeschluss «Air2030» (19.039) sieht die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge in der Gesamtsumme von sechs Milliarden Franken vor. Dabei legt die Vorlage weder die Anzahl noch den Typ der Flugzeuge fest. Die Anschaffung eines Boden-Luft-Abwehrsystems (im Umfang von rund zwei Milliarden Franken) ist aus dem Projekt ausgegliedert worden. Die bei der Beschaffung berücksichtigten ausländischen Firmen müssen 60 Prozent des Auftragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz kompensieren (sogenannte «Offset-Geschäfte»).

Nach einem insbesondere von den GRÜNEN und der GSoA initiierten Referendum wird die Bevölkerung nun ein weiteres Mal über den Kauf von Kampfflugzeugen abstimmen. Bereits im Jahr 2014 hatte die Bevölkerung den Kauf von 22 Gripen-Flugzeugen im Wert von 3,1 Milliarden Franken an der Urne abgelehnt.

#### GRÜNE HAUPTARGUMENTE

##### REINE GELDVERSCHWENDUNG

Bundesrat und Parlament wollen sechs Milliarden Franken für neue Kampfflugzeuge ausgeben. Werden die Kosten für Betrieb, Wartung und Unterhalt dieser Flugzeuge berücksichtigt, könnten sich die Kosten nach Einschätzung von Expert\*innen auf bis zu 24 Milliarden Franken belaufen. In der Folge der COVID-19-Krise und eines damit verbundenen Rückgangs der Steuererträge könnten Sparpakete beschlossen werden. Wir können nicht 24 Milliarden Franken für Kampfflugzeuge verschwenden, denn das Gesundheitswesen und der ökologische Umbau benötigen diese öffentlichen Gelder. Diese Bereiche sind für die Schweiz von morgen zentral.

Dieser Bundesbeschluss ist mehr als ein Blankoscheck: Die Bevölkerung muss abstimmen, ohne die Anzahl und den Typ der Flugzeuge, den Hersteller oder sein Herkunftsland zu kennen. Zur Erinnerung: Im Jahr 2014 hat die Bevölkerung die Beschaffung von 22 Gripen-Flugzeugen im Umfang von drei Milliarden Franken bachab geschickt.

## **FALSCHER PRIORITÄTENSATZUNG**

Die Armee soll sich gegen realistische Bedrohungen wappnen, statt Milliarden von Franken für unwahrscheinliche Kriegsszenarien zu verschwenden. Neue Kampfflugzeuge schützen uns weder vor Epidemien noch unterstützen sie uns in der Bekämpfung der Klimakrise.

## **EINE NUTZLOSE ANSCHAFFUNG**

Durch die Verlängerung des Einsatzes der F/A-18 bis 2035 kann die Luftpolizei ihre Aufgaben weiterhin in vollem Umfang wahrnehmen. Die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge ist daher unnötig. Zudem ist ein Luftkonflikt auf europäischem Territorium höchst unwahrscheinlich. Die Schweiz ist von befreundeten Ländern umgeben und muss aufhören, Milliarden für Kriege aus einer längst vergangenen Zeit auszugeben, und sich stattdessen auf ihre Rolle als Friedensvermittlerin konzentrieren.

# **JA ZUM VATERSCHAFTSURLAUB**

## **DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE**

- Mit der Vorlage kann endlich ein längst überfälliger Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen eingeführt werden.
- Die Einführung des Vaterschaftsurlaubs ist ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Die Finanzierung erfolgt unkompliziert und kostengünstig über die Erwerbsersatzordnung.

## **DARUM GEHT'S**

2017 wurde die Eidgenössische Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» eingereicht, welche einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von vier Wochen vorgesehen hätte. Die GRÜNEN haben die Volksinitiative seit der Lancierung prominent unterstützt. Im September 2019 haben National- und Ständerat einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet, welcher einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vorsieht. Das Initiativkomitee hat die Initiative daraufhin bedingt zurückgezogen. Da jedoch, massgeblich von Vertreter\*innen der SVP und der Jungfreisinnigen, erfolgreich das Referendum ergriffen wurde, kommt der indirekte Gegenvorschlag nun zur Abstimmung. Die wesentlichen Eckpunkte des indirekten Gegenvorschlags sind:

- Zwei Wochen bezahlter Urlaub für Väter innerhalb der ersten sechs Monate nach Geburt des Kindes
- Väter erhalten während diesen zwei Wochen 80 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt (bis zu einem maximalen Taggeld von 196 Franken)
- Anspruchsberechtigt sind Männer, welche zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes der rechtliche Vater sind oder dies innerhalb von sechs Monaten werden. Der Vaterschaftsurlaub in Folge von Adoption wird mit dieser Vorlage nicht abgedeckt; für Adoptiveltern von Kindern unter vier Jahren soll zukünftig aber ein zweiwöchiger Adoptivurlaub eingeführt werden (siehe parlamentarische Initiative [13.478](#), noch in Behandlung)
- Die Finanzierung ist, wie schon beim Mutterschaftsurlaub, über die Erwerbsersatzordnung geregelt
- Geschätzte Kosten gemäss Bund: 229 Millionen Franken pro Jahr (= 0,06 zusätzliche Lohnprozente, je zur Hälfte bei Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden erhoben)

## **GRÜNE HAUPTARGUMENTE**

## **DER VATERSCHAFTSURLAUB IST ÜBERFÄLLIG**

Die Schweiz ist in der Familienpolitik das Schlusslicht Europas. Heute müssen viele Väter bereits einen Tag nach der Geburt ihres Kindes wieder zur Arbeit. Sie haben keine Zeit, die Mutter zu entlasten und die junge Familie zu unterstützen. Ein gesetzlich geregelter und bezahlter Vaterschaftsurlaub ist darum kein Geschenk an die Männer, sondern ein erster, wichtiger und überfälliger Schritt hin zu einer modernen Familienpolitik.

5/13

## **MEHR GLEICHSTELLUNG DANK BESSERER VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE**

Mit der Einführung eines Vaterschaftsurlaub wird endlich anerkannt, dass bei der Betreuung eines Neugeborenen beiden Elternteilen eine wichtige Rolle zukommt. Das ist positiv für die Gleichstellung der Geschlechter: Väter, die früh viel Zeit mit ihren Kindern verbringen, sind auch nachhaltig bereit, in der Familie Verantwortung zu übernehmen. Der Vaterschaftsurlaub ebnet damit den Weg für eine faire Arbeitsteilung innerhalb der Familien, welche es auch den Frauen erleichtert, wieder ins Arbeitsleben zurückzukehren.

## **EINFACHE, GÜNSTIGE UND ÖKONOMISCH SINNVOLLE LÖSUNG**

Die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub erfolgt – wie bereits der Mutterschaftsurlaub – günstig und unkompliziert über die Erwerbersatzordnung. Die Kosten in der Höhe von 0,06 Lohnprozenten können angesichts der gewichtigen Vorteile eines Vaterschaftsurlaubs problemlos finanziert werden. Hinzu kommt, dass die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs auch ökonomisch sinnvoll ist, da Schritte hin zu einer Geschlechtergleichstellung auch zu einer verstärkten Erwerbsbeteiligung der Frauen führen.

# **NEIN ZUR KÜNDIGUNGSINITIATIVE**

## **DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE**

- Bei einer Annahme der Initiative würde das Lohndumping befeuert, denn sie zielt auf die Abschaffung der flankierenden Massnahmen.
- Einmal mehr stellt die SVP Ausländer\*innen als Sündenböcke hin und missachtet den wichtigen Beitrag, den Migrant\*innen zum Wohl der Schweiz leisten.
- Die Kündigung der bilateralen Verträge und die Abschottung der Schweiz, wie sie die Initiative anstrebt, sind Gift für die Schweiz.
- Wir GRÜNE setzen uns für Brücken statt Mauern ein.

## **DARUM GEHT'S**

Die GRÜNEN bekämpfen die isolationnistischen SVP-Initiativen seit jeher vehement. Auch diese Initiative gefährdet die Schweiz und sollte nicht unterschätzt werden, wie dies bei der Initiative «gegen Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 von einer knappen Mehrheit der Wähler\*innen (50,3%) angenommen wurde, der Fall war. Zahlreiche Akteure (economiesuisse, Gewerkschaften, politische Parteien usw.) sind an dieser Kampagne beteiligt und werden jeweils versuchen, ihre Argumente besonders in die Kampagne einzubringen: die Verteidigung des Wirtschaftsstandortes, die Beibehaltung der flankierenden Massnahmen (FlaM), der Lohnschutz, etc. Diese unterschiedlichen Hintergründe werden auch in der nächsten Debatte über die bilateralen Beziehungen mit der EU, im Bezug auf das Rahmenabkommen, entscheidend sein.

Die GRÜNEN werden sich an dieser wichtigen Kampagne beteiligen und ihre Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Sie werden eine besondere Rolle einnehmen, indem die GRÜNEN auf die von der SVP vorgebrachten Umweltargumente («Dichtestress») reagieren werden.

## **GRÜNE HAUPTARGUMENTE**

### **DIE KÜNDIGUNGSINITIATIVE BEFEUERT DAS LOHNDUMPING**

Diese Initiative zielt im Kern nicht auf eine Beschränkung der Einwanderung, sondern auf eine Abschaffung der flankierenden Massnahmen: Das von der Kündigungsinitiative geforderte Ende der Personenfreizügigkeit würde auch die Abschaffung der flankierenden Massnahmen bedeuten. Wir GRÜNE stehen für faire Löhne und würdige Arbeitsbedingungen für alle ein. Die FlaM gewährleisten die Einhaltung minimaler Arbeits- und Lohnbedingungen in der Schweiz. Eine Abschaffung der FlaM würde den Lohnschutz und die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz massiv schwächen.

### **MIT DER KÜNDIGUNGSINITIATIVE BETREIBT DIE SVP ERNEUT SÜNDEBOCKPOLITIK**

Wir GRÜNE stehen ein für eine konstruktive und faire Migrationspolitik, welche die Würde der Menschen schützt und Haltung zeigt gegen Hetze und Abschottung. Wie schon mit der Masseneinwanderungs- und der Durchsetzungsinitiative bewirtschaftet die SVP auch mit der Kündigungsinitiative das Bild der Einwanderung als Sündenbock. Das ist destruktiv und missachtet den wichtigen Beitrag, den Migrant\*innen für das Wohl der Schweiz leisten.

8/13

Die Kündigungsinitiative entrechtet zudem Ausländer\*innen in der Schweiz. Die Personenfreizügigkeit regelt nicht nur, wer zu welchen Bedingungen in die Schweiz kommen kann. Mindestens so wichtig ist, dass jene EU-Bürger\*innen, welche hier leben, nicht gegenüber den Schweizer\*innen diskriminiert werden dürfen. In Jahrzehnten, die von Verschärfungen in der Ausländer\*innenpolitik geprägt waren, hat die Personenfreizügigkeit damit ein mächtiges Gegengewicht zugunsten der Gleichstellung der Ausländer\*innen gesetzt – zumindest jener mit einem EU-Pass.

### **DIE KÜNDIGUNGSINITIATIVE IST GIFT FÜR DIE SCHWEIZ**

Eine Abschottung der Schweiz, wie sie die Kündigungsinitiative anstrebt, schadet der Bevölkerung und den Unternehmen. Wir GRÜNE setzen uns für Brücken statt Mauern ein. Und somit für eine Schweiz, die auf den konstruktiven Dialog mit den Nachbarländern setzt. Die Kündigungsinitiative schreibt in der Verfassung das Ende von Personenfreizügigkeit und flankierenden Massnahmen fest und will damit das Ende des bilateralen Wegs. Das hat gravierende Auswirkungen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft.

## **NEIN ZUM MISSRATENEN JAGDGESETZ**

### **DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE**

- Das neue Gesetz will den Artenschutz massiv abbauen. So könnten die Kantone künftig auch bedrohte oder geschützte Arten zum Abschuss freigeben.
- Mit der Gesetzesänderung würden «Abschüsse auf Vorrat» von geschützten Tieren möglich. Damit fehlte der Anreiz präventive Massnahmen zum Schutz von Herden zu ergreifen.
- In Zeiten von Artensterben den Artenschutz aufzuweichen, ist absurd und kurzsichtig.
- Um Konflikte mit Raubtieren zu lösen, braucht es die Stärkung von Präventivmassnahmen, wie zum Beispiel Unterstützung beim Herdenschutz – nicht aber präventives Abschliessen.

### **DARUM GEHT'S**

Auslöser der Änderung des Jagd- und Schutzgesetzes (JSG) war die 2015 überwiesene [Motion 14.3151](#) «Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung». Diese verlangt

gesetzliche Grundlagen, um Wolfsbestände regulieren zu können, bevor grosse Konflikte entstehen. Die Motion fordert zudem, dass solche Eingriffe im Rahmen des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention) erfolgen. Bundesrat und Parlament gehen mit Gesetzesänderung nun weit darüber hinaus und zielen auch auf andere konflikträchtige geschützte Arten.

## **GRÜNE HAUPTARGUMENTE**

### **MASSIVER ABBAU DES ARTENSCHUTZES**

Mit der Jagdgesetzrevision würde der Schutz bedrohter Arten massiv abgebaut. Neu könnten die Kantone in eigener Kompetenz Bestände von heute bereits bedrohten oder geschützten Arten zum Abschuss freigeben, wenn diese auf der Liste der regulierbaren Arten stehen. Der Bundesrat könnte zudem neu ohne Einbezug des Parlaments über den Verordnungsweg geschützte Arten auf die Liste der regulierbaren Arten setzen. Dadurch würde auch ein Referendum verunmöglicht. Geschützte Arten können bereits heute reguliert werden. Durch die Kompetenzverschiebungen an Bundesrat und Kantone würden die Hürden dazu aber drastisch gesenkt.

### **KEINE «ABSCHÜSSE AUF VORRAT»!**

Die Gesetzesänderung würde «Abschüsse auf Vorrat» ermöglichen: Geschützte Tiere könnten bereits bei wahrscheinlichen und nicht erst bei tatsächlichen Schäden abgeschossen werden. Dadurch fehlt auch ein Anreiz, präventive Massnahmen zum Schutz von Herden zu ergreifen.

11/13

### **PRÄVENTIVMASSNAHMEN STÄRKEN**

Um Konflikte mit grossen Raubtieren zu lösen, braucht es echte Präventivmassnahmen, die ein besseres Zusammenleben von Wild- und Nutztieren ermöglichen, etwa durch Unterstützung beim Herdenschutz. Präventives Abschiessen ist keine Lösung. Für die GRÜNEN ist die Vorlage zum Jagdgesetz daher inakzeptabel: Den Artenschutz aufzuweichen, während das Artensterben in der Schweiz und weltweit ungebremst voranschreitet, ist absurd und kurzsichtig.

## **NEIN ZUM STEUERBONUS FÜR REICHE ELTERN**

### **DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE**

- Die Gesetzesänderung entlastet aufgrund der starken Progression bei den direkten Bundessteuern nur die reichsten Familien.
- Durch die Senkung der Bundessteuern ist mit Steuerausfällen von 370 Millionen Franken zu rechnen.
- Davon werden rund 70 Millionen die Kantone tragen müssen. Diese sind jedoch wegen der vor Jahresfrist angenommenen Steuer- und AHV-Finanzierungsvorlage (STAF) bereits unter Druck.
- Wir GRÜNE wollen eine nachhaltige und soziale Familienpolitik. Die 370 Millionen sollten daher in höhere Kinderzulagen, die Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen oder in einen Elternurlaub investiert werden.

### **DARUM GEHT'S**

Ursprünglich sah die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer nur eine Erhöhung der steuerlichen Abzüge für Kinderdrittbetreuungskosten vor. Somit könnten Eltern künftig bis zu 25'000 Franken Kinderbetreuungskosten pro Kind und Jahr bei der direkten Bundessteuer abziehen (im Moment ist dieser Abzug auf 10'100 Franken pro Kind

beschränkt). Diese Erhöhung der Abzüge soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken und dazu beitragen, dass die Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen. Im Zuge der Parlamentsverhandlungen hat die CVP mit einem Einzelantrag das Fuder definitiv überladen: Sie forderte, dass auch der allgemeine Kinderabzug von 6'500 Franken auf 10'000 Franken erhöht werden soll.

## **GRÜNE HAUPTARGUMENTE**

### **STEUERGESCHENKE FÜR DIE REICHSTEN FAMILIEN**

Die Hälfte der Familien, die aufgrund ihres tiefen Einkommens gar keine direkten Bundessteuern bezahlen muss, geht leer aus – sie profitieren nicht von diesen Steuergeschenken.

Diese Massnahme kommt aufgrund der starken Progression der Bundessteuer hauptsächlich Familien der oberen Mittelschicht zugute, deren steuerpflichtiges Einkommen 150'000 Franken übersteigt. Die Massnahme hilft also weder jungen Familien, noch Familien mit bescheidenem Einkommen.

Die Erhöhung des allgemeinen Steuerabzugs, welcher als familienpolitisches Projekt angedacht war, wird so in eine Steuersenkung für Familien mit hohem Einkommen umgewandelt. Es handelt sich somit um ein Steuergeschenk für wohlhabendere Familien, die über ausreichende Mittel verfügen, um die Ausgaben für ihre Kinder zu decken.

13/13

### **FÜR EINE WIRKLICH FORTSCHRITTLICHE FAMILIENPOLITIK**

Die GRÜNEN wollen eine nachhaltige und soziale Familienpolitik: Diese 370 Millionen Franken sollten in höhere Kinderzulagen, in die Subventionierung von Kinderbetreuungsplätzen oder in einen Elternurlaub investiert werden. So würden diese Investitionen allen Familien zugute kommen.

### **VERLUSTE FÜR DIE KANTONE, DIE BEREITS WEGEN DER STAF UNTER DRUCK SIND**

Es ist mit Steuerausfällen von 370 Millionen Franken zu rechnen, davon hätten die Kantone 70 Millionen zu tragen